

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Preis vierteljährlich Nr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Mittwoch, den 24. März 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Spanische Schandthaten.

Von einem der Prosisten in Barcelona, einem Mann in höherer bürgerlicher Stellung, geht dem „Vorw.“ eine Briefe zu, aus der die maßlose Mißbräute zu ersehen ist, mit der die spanischen Behörden die Gefangenen im Fort Montjuich behandeln. Der Schreiber erklärt, daß er selbst Republikaner und Mitglied einer Freimaurerloge sei, aber dem Anarchismus fernsteht, den er in jeder Weise bekämpft habe, daß er seiner Verhaftung nach seiner Ueberzeugung nur der Demagogie der Jesuiten zu danken habe, die er stets aufs heftigste bekämpft und die ihn deshalb grimmig haßten.

Der Brief ist in großer Eile geschrieben. Der Schreiber mußte auf dem Wege liegend auf dem Felde stehen und schreiben, weil man ihm den Gefangenen weder Tisch noch Stuhl gewährt. Daher ist der Brief an manchen Stellen so undeutlich, daß sein Inhalt schwer zu entziffern ist. Meine Kritiker in dem Ausland namentlich in der Schweizweise der Namen, und deshalb nicht ausgeschrieben.

Das Schreiben lautet:

„Nach Schluß des . . . Kriegsgerichts wurde ein Schriftstück redigiert, in dem die 17 von Estimaciones der Gefangenen niedergelegt waren. Dieses Aktenstück wurde den Richtern vorgelesen. Da jedoch der Untersuchungsrichter selbst das Schriftstück aufgeschloß hatte und es nach dem Befehl nur der Präsident des Kriegsgerichts zu unterzeichnen hat, so ist selbstverständlich, daß das Schriftstück, das mit den Verurteilungen nach Madrid geschickt worden ist, kein Wort von den Folterungen enthält. Wir haben deshalb jede Hoffnung verloren, daß man uns noch nach Recht und Billigkeit behandle. Der Prozeß wird nicht kassiert werden.“

Am Ende des Monats August oder Anfang September kam der Gendarmenleutnant Portas zu Molas in die Zelle des Briefschreibers und sagte ihm, daß er an seinem Martyrium nicht schuld sei und, um ihm die Wahrheit seiner Worte zu beweisen, sagte er ihm eine von Anfang April vorigen Jahres datierte Mitteilung und erzählte ihm folgendes: Verschiedene Deputationen aus der Cosopstraße (in der beiläufig bemerkt die Jesuiten ein Kloster haben) hätten den damaligen Gouverneur von Barcelona besucht und ihm mitgeteilt, daß die Anarchisten ein Attentat vorbereiteten. Der Gouverneur, der den Führer der Barcelonener Anarchisten, Mscheri, im Solde hatte, habe darauf geantwortet, daß er daran nicht glaube, da ihm sein Agent darüber keine Mitteilung gemacht habe. Nach einigen Tagen berichtete Freiseer, der Polizeichef, dasselbe an den Gouverneur. Durch diese wiederholten Angaben beunruhigt, ließ der Gouverneur Mscheri kommen, und dieser im Einverständnis mit Freiseer präsentierte einen Bericht, den er unterschrieb, in dem er 28 von den jetzt Angeklagten demuzierte und ihnen die Rollen zuschrieb, auf die sie im Prozeß nachher angeklagt wurden.

Es ist dieser Geschichte, die Portas erzählte, nicht viel Glauben beizumessen. Was Portas mit dieser Darstellung erreichen wollte, ist: sich von aller Schuld freizusprechen und diese auf Mscheri abzuwälzen.

Als die Schindknechte die armen Gefangenen auf die Folter spannten, entschuldigten sie sich damit, daß sie arme Soldaten seien, daß die Duales, die sie ihnen bereiten mußten, nicht von Portas, sondern von höherer Stelle angeordnet seien.

Sollte einer der Gefolterten als Zeugen einem anderen gegenüber gestellt werden, so sagten sie ihm vorher den Namen desselben und beschrieb den Anzug, das Schuhzeug und alle äußerlichen Kennzeichen dessen, den man ihnen gegenüber stellen wollte.

Einstmal hatte Marzo den Jynismus, zu Molas zu sagen: Wie kommt es, daß alle, die ich Dir gegenüberstelle, rundweg das Leugnen, was Du sagst?

Molas antwortete: Schicken Sie sie nur in die Folterkammer, wie Sie es mit mir thaten und schnell werden unsere Aussagen übereinstimmend sein.

Eines Nachts, als Sanné gefoltert wurde, fiel er in Ohnmacht, da ihm der Hodensack plagte. Die Fenster laufen bestürzt zu Marzo und meldeten ihm, worauf

dieser antwortete: Ach was, das wird nicht so schlimm sein! Darauf setzten sich die Fenster in Bewegung und tugen Summ, wie wir glauben, nach Nr. 6 am Exzerzierplatz. Wir sehen dieses aus unserer Zelle und der Dr. Paz, der gerade in unserer Zelle anwesend war, wurde sehr gerufen. Dieser Vorgang beweist, daß Marzo von den Forderungen wußte, was er bis jetzt geleugnet hat.

Der Kommandant des Schlosses ging Morgens auf der Wachen, auf welche von den unterirdischen Zellen die Fenster mündeten, spazieren. Molas, der eine Zigarette rauchen wollte, hat den Gendarmen Manos am Feuer, da die Gefangenen keine Schwefelhölzer bei sich führen dürfen. Statt dessen geht ihm der Gendarm einen frischen Ast Holz in's Gesicht.

Molas glaubte sich bei dem Kommandanten beklagen zu sollen, in der Hoffnung, daß eine bessere Behandlung ihm zu Teil würde. Der General ließ ihn grob zum Teufel gehen, er kümmerte sich um solche Vorkälle nicht.

Zu Mittag, mit dem ein Teil der Gefangenen gefoltert wurde, ist folgende: Es ist ein kleiner Cylinder, der im Vordertheil schärfer hat. Alle Stücke sind beweglich, und werden durch eine kleine Kurbel, die der Wache ähnlich sieht, angedreht. Ein Stud zwängt die Dichtung ein, und zieht sie nach oben und reißt das Stück der Dichtung von dem Gehäuse los; ein anderer Teil des Apparates saßt und zieht die Unterlippe nach unten. Um das Atmen möglich zu machen, ist der Apparat mit einem Röhrchen versehen, das sehr tief in den Mund gesteckt wird. Der Apparat ruht auf der Schulter und geht nach oben drückende Theile zwischen Mund und Zunge.

Dieser Apparat wurde bei Cassis und Molas angewandt. Letzterer ist später wahnsinnig geworden. Molas wurde bis vor Kurzem vor Niemanden gelassen, um die verschiedenen Versammlungen vorzubereiten zu halten.

Rogues sagt, daß man ihm mit einem brennenden Eisen eine Hinterbacke verbrannte. Noch heute sieht man die Narbe in Form eines lateinischen N. Sanné wurde so gefoltert, daß er an den Vorderarmen förmliche Armringe von zusammengequetschtem Fleisch bekam.

Portas bedrohte die Gefangenen mit den schlimmsten Mißhandlungen, wenn sie vor dem Kriegsgericht über die an ihnen verübte Tortur sprechen wollten.

Molas war der erste, der dennoch diese Schenkschleifen zur Sprache brachte. Der Auditor flüsterte darauf dem Präsidenten des Gerichtshofes etwas zu und dieser verbot Molas den Mund. Darauf erhob sich ein Artilleriekapitän, der den zweiten Platz zur Rechten des Präsidenten inne hatte, und erklärte, das Gesetz mache den Angeklagten zur Pflicht, zu sagen, was sie zu sagen hätten. Darauf fuhr Molas fort, Portas und die Gendarmen wegen ihrer Schandthaten anzulagen, aber der Präsident verbot ihm abermals, zu sprechen und als Molas hiergegen protestierte, ließ er ihn aus dem Gerichtssaal bringen.

Als Rogues vor dem Gerichtshof erschien und auch von den Folterungen zu reden anfing, wiederholten sich dieselben Szenen wie bei Molas. Darauf erhob sich der erwähnte Artilleriekapitän — Don Mariano Fino ist sein Name — der in Ehren genannt zu werden verdient, und las die Artikel des Gesetzes vor, die dem Angeklagten alles zu sagen erlauben, was er für seine Verteidigung nöthig hält. Rogues erreichte jetzt, daß man eine Untersuchung zusagte. Nach Rogues traten Ulas und Sanné auf und erzählten ebenfalls, was sie erlebt hatten.

Nach Schluß des Kriegsgerichts kam Portas in die Zellen der Gefangenen und spielte sich als reumüthigen, von Gewissensbissen geplagten Menschen auf, der nur that, was andere angeordnet hätten. Die Gefangenen strakten ihn mit Verachtung. Von jetzt ab erhielten sie etwas besseres Essen (Soldatenkost). Ende Januar oder Anfangs Februar kamen vier Jesuitenpater nach Schloß Montjuich, um die Gefolterten zu bekehren. Bei Mscheri und Ulas soll ihnen dies scheinbar gelungen sein, zum Lohn haben diese viel bessere Kost und Behandlung und dürfen täglich mehrere Stunden auf dem Exzerzierplatz spazieren gehen. Molas dagegen fertigte die Geistlichen so ab, daß sie nicht wieder kamen. Das gleiche that Sanné. Als der Jesuitenpater zu ihm kam und er ihn erblickte, zeigte Sanné ihm ohne ein Wort zu sagen, seine zerstörten Hoden und drehte ihm darauf den Rücken. Der Jesuit blieb einige Augenblicke wie auf dem Boden

angenehmt stehen und verließ wortlos die Zelle, um nie wiederzukommen.

Zeit dem 7. Januar bewacht man die Gefangenen sehr streng, alle 48 Stunden läßt man sie andere Zellen beziehen; sie dürfen keine Leibbinde (eine breite Wollenbinde, die bei dem Südländer die Hosenträger vertritt) tragen, noch dürfen sie Schwefelhölzer besitzen. Alles Schreibzeug hat man ihnen fortgenommen und durchsucht sie jeden Tag vom Scheitel bis zur Sohle.

Soweit der Brief. Die Grausamkeiten der spanischen Behörden wurden durch diesen Brief aufs Neue bestätigt. Das Vorhandensein mittelalterlicher Marterwerkzeuge in den Kerkern von Montjuich spricht dafür, daß diese Apparate zum regelmäßigen Handwerkszeug der Untersuchungs- und Gefängnisbehörden gehören. Danach sind also die Untersuchungsmethoden der heiligen Inquisition noch heute in Spanien im Schwange. Und das nennt sich ein allchristlichster Staat! Wenn das in Spanien passiert, da kann man ermessen, wie diese Gewaltmenschen, Herren von Madrid, auf Cuba und den Philippinen ihre Kulturmission betreiben. Die Schwefelhölzer dieses Regiments sind himmelhoch, aber keine west- oder mitteleuropäische Regierung ruhet sich, um die Regierung ihrer allchristlichen Majestät in Spanien — und bekanntlich ist eine Frau dort Regentin — nicht an ihre Herrschaft, sondern an die einfache Menschenpflicht zu erinnern. Das sind Zustände, die Altentäter züchten; und wer will dem Gemarterten es verübeln, wenn er schließlich zum Meißelstein greift? Man spricht von der Kultur und Zivilisation des 19. Jahrhunderts — aber was sich heute in Spanien abspielt, ist der bitterste Hohn auf diese Bezeichnung! Die Träger und Werkzeuge dieses Systems sind nicht werth, daß sie die Sonne bescheint! Schmach und Schande über sie!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Krypto-Nationalliberalen, oder — wie sie sich nennen — Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, waren bei der namentlichen Abstimmung über die Kreuzer im Reichstage gespalten. Mit den Konservativen stimmten mit Ja die acht Abgeordneten Rickert, Benoit, Schröder, Thomsen, Frese Bremen, Görz-Vabek, Langefeld, Venzgen. — Mit Nein stimmten die fünf Abgegg. Wirth, Gauske, Lüttich, Waager, Bachnick. Abg. Köpp fehlte. Für die Bewilligung des neuen Panzerschiffes 1. Klasse ist die freisinnige Vereinigung geschlossen eingetreten. — Wähler Lübeck's merkt auch die Abstimmung des jetzigen Reichstags-Abgeordneten für die nächsten Wahlen!

Unfallversicherungskommission. Sitzung vom 17. März. Auch heute drehte sich die Debatte um die Paragraphen, die von den Unfallversicherungsversicherungen handeln. Zu § 78 hatten die Sozialdemokraten beantragt, statt „die Genossenschaften sind befugt, Vorschriften zu erlassen“, zu setzen: sind verpflichtet. Von dieser Fassung wollen aber dieselben Herren nichts wissen, die z. B. darüber eifern, daß in manchen Berufsgenossenschaften gar keine Vorschriften bestehen, wie z. B. in vielen landwirtschaftlichen, oder aber, daß da, wo solche bestehen, sie nicht beachtet werden. Das ganze, was schließlich in der debattirten Sitzung erzielt wurde, war die Annahme eines Antrages Adhäsion: in § 78, Abs. 1, Ziff. 1, hinter „Unfällen“ einzufügen: „und zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter.“ Das wird eine recht platonische Bestimmung bleiben, ebenso wie die über den sonstigen Schutz, so lange es nicht eine Verpflichtung, sondern nur eine „Befugnis“ giebt. Die §§ 79, 80, 81, 81 a wurden unverändert angenommen. Zu den §§ 81 und 82 war von Grillenberger, Mollenbühr und Stadthagen beantragt, Kommissionen, aus Beauftragten der Genossenschaften und der Arbeiter bestehend, zur Ueberwachung der Betriebe sowie der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften einzusetzen. Dieser Antrag wurde von allen Seiten heftig bekämpft und schließlich abgelehnt. Nicht einmal der abschwächende Unterantrag Adhäsion: Die Beauftragten können bei Erfüllung ihrer Aufgaben Mitglieder der zuständigen Berufsgenossenschaften und Vertreter der Arbeiter (§ 41) zuziehen, fand Annahme. Die von Sipe bei § 84 aufgeworfene Frage, ob die Lohnlisten der Unternehmer, resp. der Berufsgenossenschaften zu Steuerzwecken von staatlichen Organen eingesehen oder eingefordert werden dürfen, wurde von dem württembergischen Regierungsvertreter v. Schider dahin beantwortet, daß keine reichsgesetzliche Bestimmung existiere, die dies den Einzelstaaten verbiete, während Ministerialdirektor v. Boedtker vom Reichsamte des Innern erklärte, daß Mittheilungen der Lohnlisten zu steuerlichen Zwecken nach dem Wortlaut des Paragraphen genau so verboten seien, wie alle anderen Mittheilungen über Betriebsrichtungen zc. Mollenbühr wies darauf hin, daß die Lohnlisten unter Umständen für Steuerzwecke ein ganz falsches Bild hervorbringen könnten. Die Frage wird offen gelassen bis zur Rubrik: Lohnstatistik. Die §§ 83, 84, 85 werden unverändert, § 86 mit einem Stimmischen Strafzusatz angenommen. Die Diskussion über die §§ 87 und 88, Organisation des Reichs-

versicherungsamts, wird zusammengefasst, da aber Herr v. Bötticher nicht anwesend ist, wird um 1/2 Uhr vertagt.

Sitzung vom 18. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt das deutschkonservative Antant terrible v. Calisch, die Kommission solle zu einem Antrag der Konservativen zu § 66 a zurückkehren, der nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als den Unternehmern das Recht zu geben, die Renten Verlester zurückzubehalten und „intragend anzulegen“, wenn der betreffende verlegte Arbeiter noch so viel verdient, wie vor dem Unfall. Der Antrag zur Geschäftsordnung findet aber bei der Kommission keine Gegenüber und wird daher zurückgezogen. Da der Vorsitzende Wünsche zu dem Verhältnis des Reichsversicherungsamts zum Reichsamt des Innern, resp. zu Herrn v. Bötticher eine große Rolle zu spielen beabsichtigt, wird Herr v. Hertling zum provisorischen stellvertretenden Vorsitzenden ernannt. Nachdem Herr v. Bötticher eingetreten, beginnt Herr Wünsche mit seinen staatsrechtlichen Auseinandersetzungen über die „Höherstellung des Reichsversicherungsamts“, welche letzteres zur Zeit der geschäftlichen Bewusstseinsbildung des Reichsamts des Innern unterliegt. Wer aber glaube, dass die Ausführungen Wünsche sich zu einem bestimmten Antrag verdichten würden, der sah sich getäuscht. Die einflussreiche Kladderdel hörte sich ganz interessant an, aber was der Redner damit praktisch bezwecken wollte, war absolut nicht ersichtlich. Herr v. Böttichers Antwort bewegte sich wesentlich in denselben Geis. Jedoch bestritt er, dass die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts in verwaltungsrechtlicher Beziehung endgültig sein könnten; dasselbe sei dem Reichskanzler untergeordnet, der, da er nicht alles allein machen könne, einfach dem Reichsversicherungsamt das Reichsamt des Innern als Aufsichtsbehörde übergeordnet habe. Der Staatssekretär warnt den Redner vor Anträgen, die an der staatsrechtlichen Stellung des Reichsversicherungsamts etwas ändern würden. Nach einer ziemlich erregten Entgegnung Wünsche, in der er behauptet, das Reichsversicherungsamt selbst erkenne den Standpunkt nicht an, dass es in Verwaltungsfragen nicht oberste Instanz sei und für die zweite Lesung einen entsprechenden Antrag in Aussicht stellt, und einigen Gegenbemerkungen v. Böttichers tritt Vertagung der Sitzung ein.

Für die neue Handwerker-Vorlage, die dem Reichstage zugegangen ist, wird seitens der Regierungsvertreter in Abgeordnetenkreisen Stimmung zu machen versucht. Vor einigen Tagen hat, der „Staatsbürgerzeitung“ zufolge, im Reichsamt des Innern eine Konferenz zwischen Regierungsvertretern und der konservativen Partei stattgefunden. Seitens der Regierung waren anwesend: Herr von Bötticher, von Woebke, Geheimrath Wilhelm, Handelsminister Bresselt und der württembergische Ministerialdirektor von Schicker; von Parlamentariern waren anwesend die Reichstags-Abgeordneten Hise, Euler, von Hertling, Jakobstötter und der Landtags-Abgeordnete Felsch. Herr von Bötticher und namentlich auch der Ministerialdirektor Schicker suchten die Sache so darzustellen, als ob in der sogenannten freiwilligen Zwangsinnung eine Verbesserung des Verlesten Entwurfs im Sinne der Kunstfreunde liege, indem man den Handwerkern bei der Innungsbildung die Initiative überlasse, die Handwerkskammer auf bessere Grundlagen stelle, die Handverkauftschüsse fallen lasse, dagegen die Innungsbünde und Innungsausschüsse beibehalte. Welche Wirkung jene Konferenz auf das Schicksal der Vorlage im Reichstage haben wird, bleibt abzuwarten. In der zünftlerischen Presse wird vorgeschlagen, die Handwerker-Vorlage zwar in dieser Tagung nicht mehr durchzuberahen, aber die Verathung doch zu beginnen. Hätten die Regierungen bei der ersten Verathung sich überzeugt, dass der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt auf Annahme nicht rechnen könne, so würden sie sich vielleicht veranlaßt sehen, in die Bahn wieder einzulenken, die der preussische Entwurf einschlug. — Wir glauben, die Hoffnung ist eitel.

Die Einnahmen des Reiches an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sind im Monat Februar ziemlich stabil geblieben. Die Zolleinnahmen sind zwar um fünf Millionen Mark gestiegen, dagegen ist der Ertrag der Verbrauchsabgabe vom Zucker um denselben Betrag gesunken. In Folge dessen ist die Gesamteinnahme in der Zeit vom 1. April 1896 bis Ende Februar 1897 nur von 614 990 325 Mark auf 673 076 664 Mk., die Mehreinnahme also von 66 052 785 auf 66 704 991 Mark gestiegen. Der Rückgang der Einnahmen aus der Börsensteuer ist noch immer in Zunahme, derselbe belief sich Ende Februar auf etwa 6,7 Millionen Mark. Dagegen stieg die Mehreinnahme aus der Post- und Telegraphen-Verwaltung auf 11 350 356 Mk., aus den Reichseisenbahnen auf 3 650 000 Mk.

Ueber die Verfassungsreform in Württemberg haben am Mittwoch Nachmittag zu Stuttgart die Delegirten der Kammerfraktionen eine gemeinsame Besprechung abgehalten. An derselben nahmen die Minister von Mittnacht, Pißkef und Sarwey Theil. Die von den Demokraten abgegebene Erklärung geht dahin, 1) daß eine Beschränkung der Zahl der Mitglieder der Abgeordnetenkammer auf die Gewählten der einzelnen Oberamtsbezirke und Guten Städte aus inneren und äußeren Gründen unzweckmäßig ist, 2) daß zur Bedingung eines Erfolges für die ausschließenden Privilegien die Form der einfachen Listenwahl bei dem diesem Wahlverfahren notorisch anhaftenden Mängeln sich nicht empfehle, 3) daß, wie die Kammer der Abgeordneten schon am 6. März 1895 mit 63 gegen 19 Stimmen ausgesprochen hat, grundsätzliche Bedenken gegen die Gewinnung eines Erfolges durch das Proportionalsystem nicht vorhanden seien. Dieses System stelle sich im Gegentheil als das weit ausbreitendste dar, das bei einigermaßen einfacher Gestaltung auf das Verständnis und das Vertrauen der Wählerschaft rechnen dürfe. Laut „Frankf. Ztg.“ sind die Demokraten entschlossen, für die Berufung des Erfolges durch Proportionalwahl bei gleichzeitig unveränderter Fortdauer des bestehenden Einzelwahlsystems einstimmig einzustehen, halten es aber für dringend geboten, vor Allem mit Rücksicht auf die Zahl der ausschließenden Stimmen und den Umstand, daß nur der kleinere Theil der Abgeordneten auf diesem Weg berufen werden soll, das Wahlverfahren so einfach wie immer möglich zu gestalten, namentlich aber zur Verhinderung einer

künstlichen Verlängerung der Wahlbewegung diese Wahlen in einem und demselben Akte mit der Abstimmung für die Bezirkswahlen vornehmen zu lassen.

Die Bäckereiverordnung in Baden. Die offiziöse „Karlsru. Ztg.“ bringt über das Ergebnis der von der Regierung von sämtlichen Bezirksämtern eingezogenen Erkundigungen über die Bäckereiverordnung vom 4. März v. J. amtliche Mittheilungen, nach denen in der überwiegenden Mehrzahl der Amtsbezirke, und zwar nicht nur in den Landgemeinden, sondern auch in den meisten Städten die Verordnung unbeanstandet durchgeführt ist. Wir entnehmen dem Artikel folgende Einzelheiten:

„Selbst in den Städten Mannheim, Karlsruhe und Freiburg scheint die Einhaltung der Bestimmung über die Dauer der Arbeitsstunden und die Ruhezeiten in allen Betrieben ermöglicht worden zu sein, obwohl hier wie noch in einigen anderen Bezirken von den Bäckern in Uebereinstimmung mit den Angaben, welche sie auf eine Umfrage des freien deutschen Bäckerverbandes gemacht haben, auch den Behörden gegenüber verklärt wird, daß bei den häufig eintretenden Betriebsstörungen die zulässige Arbeitszeit zur Herstellung der Nachware nicht ausreicht. Für Städte, in denen ein größerer Verkehr stattfindet, wie Baden, Heidelberg, wird auch seitens der Bezirksämter anerkannt, daß die dem Bäckereigewerbe auferlegte Einschränkung fast unüberwindliche Schwierigkeiten zur Folge haben, und es ist aus diesem Grunde A. V. von der Generalversammlung von Heidelberg die Besetzung 14-tägiger Arbeitsstunden selbst befürwortet worden. Daß nachtheilige Wirkungen der im Schreiben des Reichsamts bezeichneten Art, schon jetzt im erheblichen Maße hervorgerufen sind, ist nirgends nachgewiesen. In Karlsruhe wußte in vier Betrieben je zwei, in zwölf Betrieben je ein, und in Mastalt in zwei Betrieben je ein weiterer Gehilfe angestellt werden. In einzelnen Betrieben sucht man sich durch Einstellung eines weiteren Diensts für die Bedürfnisse der Feinbäckerei entsprechend einzurichten. Befürchtungen, daß eine wirtschaftliche Schädigung des Bäckereigewerbes nicht ausbleiben werde, sind allerdings von manchen Seiten geäußert worden, diese sind aber noch nicht auf bestimmte thatsächliche Wahrnehmungen gestützt und erklären sich wohl zum größten Theile aus der Agitation gegen die Verordnung. Nach dem verhält es sich hinsichtlich der behaupteten Störung des Einvernehmens der Meister und Gesellen. Hier ist es das für manchen Arbeitgeber drückende Gefühl, der Kontrolle der Gehilfen unterworfen zu sein, was Besorgnisse für die Zukunft hervorruft. In einigen Orten will man auch bemerkt haben, daß das Auftreten der Gesellen seit dem Inkrafttreten der Verordnung ein annahmendes geworden sei.“

Die Sanitätskonvention ist Freitag in Venedig unterzeichnet worden. Ohne Vorbehalt unterzeichneten die Vertreter von Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, England, Italien, Luxemburg, Montenegro, Holland und Rumänien. Ad referendum haben unterzeichnet die Vertreter von Spanien, Griechenland, Serbien, Portugal und der Türkei. Die Vertreter Deutschlands unterzeichneten unter Vorbehalt in Betreff einiger in Europa zu treffenden Maßnahmen. Die Vertreter der Schweiz unterzeichneten die in Europa zu treffenden Maßnahmen. Die Vertreter von Dänemark, Schweden und Norwegen und der Vereinigten Staaten traten der Konvention bei, indem sie zum Protokoll erklärten, ihre Regierungen würden, soweit als möglich, die in der Konvention vorgesehenen Maßnahmen vor dem zur Ratifikation der Konvention festgesetzten Zeitpunkt in Anwendung bringen. Die Vertreter Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Frankreichs, Englands, Italiens, Luxemburgs, Montenegro, Hollands, Portugals, Rumäniens, Russlands und der Schweiz sprachen den Wunsch aus, daß folgende Punkte den betreffenden Regierungen übermittelt würden: 1. Die Mittheilung der Sanitätskonvention von Venedig an den Gesundheitsrath in Tanger, um in Marokko die in der Konvention vorgesehenen Maßnahmen zu treffen, nämlich das Verbot oder die zeitweise Beschränkung der Pilgerfahrten. 2. Vereinheitlichung der prophylaktischen Maßnahmen der Behörden auf Malta und Gibraltar. 3. Zusammenstellung und Aufzeichnung binnen kurzer Zeit aller Bestimmungen früherer Konferenzen gegen Cholera und Pest. Der unterzeichneten Konvention ist ein allgemeines sanitäres Reglement beigelegt, das in fünf Kapiteln alle Vorsichtsmaßregeln enthält, die auf der Grundlage beruhen, daß die Inkubationsdauer der Pest zehn Tage beträgt. Die Vertreter von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, England, Italien, Luxemburg, Montenegro, Holland, Portugal, Rumänien, Russland und der Schweiz erklärten förmlich zu Protokoll, ihre Regierungen würden die in der Konvention vorgesehenen Maßnahmen, soweit dies möglich, vor dem für die Ratifikation der Konvention festgesetzten Zeitpunkt zur Anwendung bringen.

Die Zahl der Mühlenbetriebe hat von 1887 bis 1895 um über 2000 abgenommen. An Stelle der Windmühlen sind große Dampfmaschinen getreten. So führen die Fortschritte der Technik ganz von selbst zur Einschränkung des Kleinbetriebes und zur Konzentration des Kapitals.

Arbeiterschutz und Ordensverleihungen. Der „Reichs-Anzeiger“ brachte in einer seiner letzten Nummern 16 Ordensverleihungen nach Rattowitz, Bogutschütz, Kosobzin, Baluze u. s. w. Eine Erklärung zu diesem reichen Ordensfügen, mit dem die entlegenen ober schlesischen Städtchen und Dörfer bedacht worden sind, giebt der in Rattibor erscheinende „Oberschlesische Anzeiger“. Er erinnert daran, daß der 5. März der Jahrestag des Unfalls in der Cleophas-Grube war, und berichtet, daß zur Feier des Tages vor dem Verwaltungsgebäude der Cleophas-Grube Beamte und Arbeiter versammelt wurden, und daß in ihrer Gegenwart der aus Breslau erschienene Verghauptmann die Dekorationen zur Feier des Tages vertheilte. Im vorigen Jahre sind am 5. März in der Cleophas-Grube 117 Bergleute verbrannt. „Zur Feier des Tages“ schmückten sich eine Anzahl Leute mit neuerlichen Orden, vielleicht im Bewußtsein erfüllter Pflicht bei den Rettungsarbeiten. Ist damit aber die Sache abgethan? Fast scheint's so.

Noch ist keine Mittheilung in die Öffentlichkeit gedrungen über das Ergebnis, welches die Untersuchung über die Ursachen des Unglücks zu Tage gefördert hat. In dem Bezirk der Cleophas-Grube giebt es noch immer keine nennenswerten Aufsichtsbearbeiter, die lokale Aufsicht liegt ganz ausschließlich in den Händen eines Privatbeamten einer der dortigen Bergbau treibenden Familien. Als kurz nach dem Unglück die Berliner Wochenschrift „Die Nation“ auf diese unerhörten Zustände hinwies, wurden sie vom „Reichsanzeiger“ mit bestehenden Privilegien beschönigt, die übrigen theilweise durch die neuere Reichsregierung überholt sind. Die Thatsache aber, daß es dort einen Staatsbeamten als lokalen Aufsichtsbearbeiter nicht gab, konnte nicht bestritten werden. Im Uebrigen wurde darauf hingewiesen, daß eine Untersuchung über die Ursachen des Unglücks „schwebt“, und daß man deren Ergebnisse abzuwarten habe. Aus dieser Unternehmung ist zwar bekannt geworden, daß man einen armen Teufel von Arbeiter verhaftet habe, weil er angeblich das Unglück verschuldet haben sollte, aber er mußte wieder freigelassen werden. Was die Untersuchung zu Tage gefördert hat, darüber ist niemals eine amtliche Veröffentlichung erfolgt. Dagegen bringt der „Reichsanzeiger“ die Liste der Ordensverleihungen. Das ist auch etwas!

Beim Reichsversicherungsamt waren im Jahre 1896 in Sachen der Unfallversicherung 9273 (i. J. 1895 7806) Rekurssachen anhängig, wozu noch 2780 (3327) unerledigt aus dem Vorjahre übernommene kamen, so daß im Ganzen 12053 (11133) Rekurssachen zu bearbeiten waren. Von den durch Urtheil erledigten 7681 Sachen wurde in 5375 Fällen der Rekurs, der in 4500 Fällen von den Versicherten und in 875 Fällen von den Berufsgenossenschaften eingelegt war, zurückgewiesen; stattgegeben wurde dem Rekurse der Versicherten in 1551 Fällen, der Berufsgenossenschaften in 655 Fällen, zusammen in 2206 Fällen. Unerledigt blieben 3426 Sachen. In Sachen der Invaliditäts- und Altersversicherung beträgt die Zahl der im Jahre 1896 bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gewordenen Revisionen 4246, von denen 2646 in Invalidenrentensachen, 1501 in Altersrentensachen und 99 in Beitragsersatzsachen eingelegt wurden. Unerledigt aus dem Jahre 1894 übernommen sind 621 Invaliden-, 446 Altersrenten- und 14 Beitragsersatzsachen, so daß im Ganzen 5327 Sachen zu bearbeiten waren. Von den 4642 neu eingelegten Revisionen wurden eingelegt von den Versicherten 3339, von den Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen 765, von den Staatskommissaren 142. Von den durch Urtheil nach mündlicher Verhandlung erledigten 3227 Revisionen wurden 2274 Revisionen zurückgewiesen; stattgegeben wurde den Revisionen der Versicherten in 443 Fällen, der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen in 447 und der Staatskommissare in 63, zusammen in 953 Fällen. Die Zahl der auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichte im Reiche ist im Jahre 1896 dieselbe geblieben wie im Vorjahre, nämlich 528; davon entfallen 499 auf die 31 Versicherungsanstalten, und 29 auf die zugelassenen 9 besonderen Kasseneinrichtungen.

#### Dänemark.

Man verweigert den Arbeitern, was man den Bauern und Fabrikanten bewilligt. Der dänische sozialdemokratische Abgeordnete Klausen hatte einen Antrag gestellt, den vereinigten Fachvereinen zur Abhaltung von Vorträgen in den Provinzen, sowie zur Erlangung und Bekanntmachung von Ermittlungen über industrielle Verhältnisse im Auslande 5000 Kronen zu bewilligen. Im Finanzausschuß wurde dieser Antrag mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten abgelehnt: Diese Thatsache ist um so charakteristischer, als gleichzeitig 6400 Kr. zur Abhaltung landwirtschaftlicher Vorträge in den Landansiedlungsvereinen und 7000 Kr. für die Gesamtvertretung von Handel und Industrie zur Abhaltung von Vorträgen in der Provinz bewilligt wurden. — Für die Arbeiter sind keine Mittel da, weil man sie in Unkenntniß erhalten möchte; aber die Arbeiter erringen sich ihre Kenntnisse, trotz aller Hindernisse, und die Aufklärung über die Arbeiterverhältnisse und damit die Zahl der Anhänger der sozialistischen Theorie wächst.

Zu der Metallarbeiter-Ausperrung wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Einige Eisenwaaren-Fabriken in Aalborg hatten eine neue Lohnregulierung und ein neues Arbeitsreglement aufgestellt. Die Arbeiter verweigerten ihre Anerkennung und kündigten. Da beschlossen die vereinigten Fabrikanten der Eisen- und Metall-Industrie Dänemarks, alle ihre Arbeiter zu entlassen, wenn die Aalborg Arbeiter sich nicht fügten. Dieser Beschluß wurde dem Vorstand des Schmiede- und Maschinen-Arbeiter-Fachvereins mitgetheilt. Die Arbeiter in Aalborg erklärten sich nun bereit, den Streit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, aber die Fabrikanten verlangten erst die Unterwerfung und dann das Schiedsgericht. Als die Arbeiter sich nicht fügten, wurde in allen Provinzialstädten an einem und demselben Tage die Hälfte der Arbeiter entlassen — etwa 700. Hierauf erklärten die andern auch nicht weiter zu arbeiten; infolge dessen feiern jetzt 1100 bis 1200 Arbeiter. Sobald, was zu erwarten steht, die Kopenhagener Fabriken folgen, dürfte die Aussperrung 4000 Arbeiter umfassen — der größte wirtschaftliche Konflikt, der in dem kleinen Dänemark je dagewesen ist. Die Fabrikanten haben übrigens seit dem Jahre 1894 die Arbeiterorganisation wiederholt schon mit dieser riesigen Aussperrung bedroht, weil dieselbe Forderungen von Arbeitern unterstützte.

## Frankreich.

Paris. Der Untersuchungsrichter Poittevin ist aus dem mit allen Papieren Artons zurückgekehrt. Er fertigte einem Berichtsfatter gegenüber, die Papiere fertigten sämtlich die Enthüllungen Artons. In Kammer- sisen verlaunt, Angesichts der Erregung und des Un- jagens, das die Arton-Angelegenheit im Parlamente vorgerufen habe, wurden einzelne Deputierte interpelliren, als die Untersuchung sich hinziehen sollte. — Wie werden Panamisten zittern!

## Russland.

Zur Vorgeschichte der jüngsten Studenten-Stundgebung Petersburg wird der „Köln. Btg.“ von dort berichtet:

Die Schülerin der pädagogischen Kurse, die am 24. Februar die Festung auf so grausige Weise Selbstmord verübte, war ein Fräulein Maria Wjetrova, ein hübsches, zweiund- zwanzigjähriges Mädchen und die Tochter einer angesehenen Familie. Sie war verhaftet worden, weil sie im Besitze nichtstif- tiger Schriften war; sonst lag nichts gegen sie vor. Ihre Ver- wandten und Bekannten durften sie in der Petrovawosow- festung in der ersten Zeit besuchen. Desgleichen hatte sie die besondere Erlaubnis erhalten, in ihrer Zelle zu lesen und Abends eine Petroleumlampe zu brennen. Vom 25. Februar ab wurden täglich ohne Angabe eines Grundes alle, die das Fräulein Wjetrova besuchen wollten, abgewiesen, aber erst vor wenigen Tagen, und nur durch einen Zufall, wurde ihren Mitschülerinnen und damit auch weiteren Kreisen bekannt, daß das Fräulein von seit dem 24. Februar tobt war. Die hiesigen Studenten richteten den Willen nach und brachten heraus, das Fräulein habe eine That der Verzweiflung vollbracht, da es sich nicht vor in Rubriklichkeiten eines Offiziers der Festung hätte retten können. Die Studenten brachten diese ihre Er- klärungen an Papler, vervielfältigten sie hektographisch und ver- teilten die Abzüge unter die studierende Jugend, mit der Auf- forderung, sich an einem Todtenamt für die Unglückliche zu be- theiligen. Durch diese Kundgebung hofften sie, daß der Kaiser ein, angeblich wahren Thatbestand erfahren und das schuldige Vergehen angemessen bestrafen werde.

Dasselbe Blatt erhält ferner eine russische, anscheinend einer Studentin herrührende Zuschrift, welche die stehenden Thatsachen bestätigt und hinzusetzt, daß am Abend des Selbstmordes eine Gefängniswärterin, jetzt wohlweislich fortgebracht sei, einen entsetzlichen Schrei und Rufen nach dem Wärter vernommen habe. Auf habe Fräulein Wjetrova nach dem Arzte verlangt, dieser habe ihr nur Beruhigungstropfen gegeben. Am zweiten Abend habe sie sich dann mit Petroleum er- gössen und verbrannt. Alle Welt sei überzeugt, daß von Gensdarmen vergewaltigt worden sei. Dieser Fall Nothzucht, sagt das Schreiben, ist in der Festung Paplowost nicht der erste. Dasselbe Schicksal erfuhr Lubmilla Terensjewa.

## Afrika.

Der Verfassungskonflikt in Transvaal ist beendet. Richter des hohen Gerichtshofes haben der Trans- vager Regierung einen Brief gesandt, worin sie versprechen, sie nie mehr die Machtbefugnisse für sich in Anspruch zu wollen, die Billigkeit der Gesetze und Beschlüsse Volksräthe anzusehen. Dieses Versprechen macht bisherigen Konflikt ein Ende!

## Lübeck und Nachbargebiete.

23. März.

Post festum. Die deutsche Bourgeoisie hat einmal wieder einige geräuschvolle „Festtage“ hinter sich. Sie über zweifelnden Mitwelt gezeigt, daß sie noch immer und daß sie noch immer im Stande ist, sich etwas zu können. Wer es bezahlen muß, kommt ein- stunden nicht in Frage; das ist Senf nach Tisch und sich schon regeln lassen. Auch in Lübeck hat man sich angelegen sein lassen, ein Uebriges zu thun. Es ist so angenehm, sich noch einmal, ehe es vorbei ist der Herrlichkeit, vorzugaukeln, daß man sicher sieht seinen goldenen Stühlen. Habeant sibi! Sei's dem! Würdig eingeleitet wurde die Geschichte am Abend im deutschen Reichstage durch unsern Reichs- tag Dr. Gorch. Er, der einst dem Mars sein Opfer brachte, hat jetzt auch dem Regir Tribut gebracht und für Vermehrung der Flotte gestimmt. Es wird ihm ja ein Leichtes sein, seinen Wählern den Nachweis zu thun, daß sie heidenmäßig viel Geld haben, soviel, daß die höchste Zeit wird, dasselbe in schwimmendem Stahl legen. Am Sonntag und Montag hatten wir dann reichlich Gelegenheit, die Erfahrung zu machen, daß in der Republik, in der freien und Hansestadt Lübeck wohnen. Man muß gestehen; geknaufert hat man man hat vortrefflich verstanden, die Mission zu er- füllen, daß wir Geld haben. Das dicke Ende, das kommt, mag sich Jeder selbst ausmalen, dann hat er die „Rehrseite der Medaille“. Wir wollen aus dem Uebel, der sonst nichts Bemerkenswerthes hat — der- gleichen nach Schema arrangirte Demonstrationen gleichen wie ein Ei dem andern —, einige Momentbilderchen herausgreifen. Unter „Geschäftliches“ theilte am Son- ntag die „E.-B.“, die dieser Tage ganz Sonne war, daß die Privatpost „Hansa“ anlässlich der Centenar- Jubiläumsmarken ausgebe, welche mit dem Bildniß Kaiser Wilhelms I. geschmückt und im Preise nicht theurer sein. „Die Nachfrage nach Jubiläumsmarken soll recht hoch sein.“ Na ja! Den Vortritt der Feier hatte der „Dunker'sche“ Gewerk-Verein der Klempner und Malerarbeiter. Sie kommersirten im Bürgerhäuserhof. „E.-B.“ betrachtet das als „ein glückliches Zeichen die nationale Gesundung unseres Volkes.“ Wie und bescheiden! Beim Eichenpflanzen in Israelsdorf tippten diese Aerzte des Volkes in der Nachhut. „Freiwillige“ der Firma Carl Thiel u. Söhne den das Ende des Tages. Da wird das Bäumlchen glücklich gedeihen. Bei der Grundsteinlegung des Denk-

mals auf dem Marktplatz wurden auch die Tagesblätter mit eingekapselt. Der arme „Lübecker Volksbote“ ist leider nicht der Ehre für würdig befunden worden. Wir geben mit dem Gedanken um, unserer tiefen Betrübnis über diese Zurücksetzung gelegentlich durch Herausgabe einer Nummer mit Trauertend Ausdruck zu verleihen. — Daß während des Sonntags an einigen Stellen fleißig gearbeitet werden mußte, versteht sich von selbst. Ebenso selbstverständlich ist, daß eine ganze Reihe fleißig ange- hauchter Arbeitgeber am Montag ihre Arbeiter mit einem unerbetenen Feiertag beglückte, natürlich ohne den Lohnausfall zu decken. Sie wollen vermuthlich andeuten, daß sie auch am 1. Mai den Arbeitern keine Schwierigkeiten machen werden. Eine Liebe ist der andern werth! Ge- wundert hat es uns dagegen, daß man im „Amtsblatt“ den Seeyern nur freige stellt hat, 1 1/2 Stunden die Arbeit ruhen zu lassen. In einigen Straßen soll ein geradezu lebensgefährliches Gewoge geherrscht haben, so daß kaum durchkommen war. Hübsch! Dazu wollen wir als passende Illustration und als Schluß unserer Festbetrachtungen nachstehenden Gerichtsbericht der „E.-B.“ wiedergehen:

Der Schlosser und der Arbeiter O. von hier, ersterer zu den Streitenden der Zweis'chen Schlosserei letzterer zu den Streitenden der Thiel'schen Fabrik gehörig, standen am 10. Dezember v. J. als sogenannte Streitposten vor der Zweis'chen Fabrik in der Ziegelstraße hierelbst Thiel'sch wegen groben Unfalls angeklagt, erfolgte vom Schöffeengericht ihre Freisprechung, weil das Streikposten an und für sich nicht als grober Unfall aufgefaßt werden könne, der der Aufforderung eines Schutzmannes, sich von seinem Posten insbe- sondere von dem Bürgerliche der Ziegelstraße zu entfernen, nicht nachgekommen war, wurde zu 1 Tag Haft verurtheilt. Gegen dieses Urtheil hat die Staatsanwaltschaft Berufung erhoben und die Strafkammer erkaunte auf je 3 Tage Haft gegen die An- geklagten. Möglich sei hier nur, ob das bloße Vorkommen für sich allein schon der Thatbestand des groben Unfalls anstelle. Als grober Unfall sei jede Verletzung anzusehen, welche geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu gefährden. Das trifft aber auch auf das Streikposten an, indem in der unbedachten, hitzigen öffentlichen Verantwor- tung der mit dem Streik in Verbindung stehenden Streik des Publikums durch die Streitenden eine Verletzung jener Art zu erblickt werden müßte. Im Hinblick auf die in Folge des Streiks seitens der Streitenden verübten Gewaltthatigkeiten sei diese Verantwörtung geeignet, nicht nur belästigend, sondern auch beunruhigend zu wirken, indem dieselben den Streitenden Gelegen- heit biete, die Namen der sogenannten Streikbrecher kennen zu lernen und letztere müßten in Folge dessen befürchten, sich wegen ihrer Arbeitswilligkeit Belästigungen, Drohungen und Körperver- letzungen ausgesetzt zu sehen.

Der Senat hat den Militärämter H. H. C. Schmidt, genannt Buschow, zum Amtsdienere bei dem hiesigen Hauptzollamt ernannt.

Testamentverlesungen. In der Sitzung des Amts- gerichts am Donnerstag, den 25. März 1897, Vor- mittags 10 1/2 Uhr (Zimmer Nr. 7), wird eröffnet werden: das gegenseitige Testament des am 23. Dezember 1896 in Flensburg verstorbenen Arztes Dr. med. H. F. Nie- mann und seiner Ehefrau S. H. geb. Rehhoff.

Handelsregister. Am 20. März 1897 ist eingetragen: auf Blatt 1202 bei der Firma „Hermann Lüders“: Prokurist: J. Chr. C. Paul Näher in Lübeck; auf Blatt 1979 die Firma „Schilling u. Wendfeldt“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: L. U. Ed. Schilling, Kaufmann in Lübeck, u. C. H. Wendfeldt, Kaufmann in Habelburg. Offene Handelsgesellschaft seit dem 19. März 1897.

Eine weitere Versammlung der Bürgerschaft findet bereits Montag, den 29. März d. J., Vormittags 10 Uhr, statt.

Von der Gemeinde-Versammlung in Dissen ist an Stelle des verstorbenen Hüfners H. V. Brede der Hüfner H. F. Schwarz zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Hüfner Schwarz ist bestätigt worden.

Kaufmann Heinrich Magnus soll, wie der „Gen.- Anzeiger“ jetzt erfahren haben will, nicht begnadigt worden sein.

Eine friedliche Einigung haben die hiesigen Maler- geßellen mit ihren Arbeitgebern erzielt. Es ist 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 43 Pfg. Stundenlohn vereinbart worden. Bisher galt 10 stündige Arbeitszeit und 40 Pfg. Stunden- lohn.

Verletzung durch einen Blitz als Betriebsunfall. Den Arbeiter Hering traf ein Blitzschlag in dem Augenblick, als er dabei war, vermittelt eines Kraines Steine zu heben, die er zu verladen hatte. Da seine Erwerbs- fähigkeit geschädigt worden war, bemühte er sich um eine Unfallrente. Die zuständige Berufsgenossenschaft wies ihn jedoch mit der Begründung ab, er sei lediglich einer Gefahr des öffentlichen Lebens zum Opfer gefallen. Auf die Berufung Herings verurtheilte indessen das Schieds- gericht die Beklagte, die Rente zu gewähren. Die Berufs- genossenschaft legte nunmehr gegen das Urtheil Rekurs ein. Sie machte geltend, der Krahne, den Kläger bediente, habe den Blitz nicht anziehen können, die Betriebs- einrichtungen hätten also bei dem Unfälle keine entscheidende Rolle gespielt. Das Reichsver- s i e r u n g s a m t nahm aber wie das Schiedsgericht das Vorliegen eines Betriebsunfalles an. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Kläger sei im Augenblick des Unfalles in erhöhtem Maße der Blitzgefahr ausgesetzt gewesen. Erfahrungsg- emäß sei die Blitzgefahr bei einzelnen hohen Gegen- ständen bedeutend vergrößert. — Die Hinterbliebenen des Tapezierers Brandt, den der Blitz bei seiner Arbeit getödtet hatte, wurden in allen Instanzen mit ihren Rentenansprüchen abgewiesen. In diesem Falle sprach das Reichsversicherungsamt aus, daß ein Unfall durch Blitzschlag nur dann als B e t r i e b s u n f a l l angesehen und entschädigt werden könne, wenn die elementare Gefahr durch die Betriebsverhältnisse erhöht worden sei. Eine derartige Gefahrerhöhung erblickte das Rekursgericht

nicht in dem Umstande, daß der Getödtete während des fraglichen Gewitters in einem Wohnraume auf einem Schemel gestanden. Die Kläger hatten sich hierauf berufen.

Ein kleines Schadenfeuer entstand gestern Abend 1/2 10 Uhr im Schaufenster der Firma Hohenschild Sand- straße 19, in Folge der Illuminationskerzen. Die aus- gelegten Papier- und Bijouteriewaaren wurden ein Raub der Flammen. Einigen herbeigerufenen Feuerwehrleuten gelang es bald, des Feuers Herr zu werden.

Gewerkschaftskartell. Sitzung vom 22. März. Ver- handelt wurde zunächst über die Frage, ob die über Lübeck durch Veröffentlichung im „Volksbote“ verhängte Sperre aufzuheben sei. Seitens der Fabrikarbeiter wurde ausgeführt, daß trotz der Aufhebung des Streiks die Streitenden überall mit dem Bemerkungen abgewiesen würden, es gäbe keine Arbeit, wenn nicht die Sperre aus der Welt geschafft würde. Sie seien somit der Möglich- keit, wieder Beschäftigung zu finden, beraubt. Die Sperre habe für sie auch keinerlei Werth, da der Zugang unge- lernter Arbeiter doch nicht fernzuhalten sei. Ein Antrag der Fabrikarbeiter, die Sperre aufzu- heben, wurde nach längerer Diskussion ange- nommen. Die Frage, ob die Sperre im „Volks- bote“ wird also in Zukunft fortbleiben. Ferner wurde noch in lebhafter Debatte, in der haupt- sächlich die Nachtbefugnisse des Kartells kritisiert wurden, über die Abänderung des Kartell-Regula- tions verhandelt. Das Ergebnis war die Wahl einer siebenköpfigen Kommission, welche das einschlägige Material zu bearbeiten und positive Vorschläge zu machen haben wird.

Travemünde. Glück im Unglück. Wären eine ganze Reihe nicht privilegirter Fischer nicht am Freitag gezwungen gewesen, in Lübeck vor Gericht zu erscheinen und sich die gerichtliche Bestätigung des polizeilichen Strafbefehls wegen unerlaubten Fischens zu holen, wer weiß, ob sie nicht zum Theil auch in Gefahr geschwebt hätten, ihr Leben im stürmisch erregten Meere zu ver- lieren. Hier hat das alte Sprichwort sich einmal dahin geändert, daß der Betroffenen „Uhl“ gleichzeitige ihre „Nachtigall“ geworden ist.

Hamburg. Verband der Hafenarbeiter Deutschlands. Die Mitglieder des Verbandes Hamburg und Altona hielten am Sonntag bei Wittwe Tüte eine Ver- sammlung ab. Der Vorsitzende gab ein Bild von der augenblicklichen Lage, in welche die Kohlen-Affordschauer- leute durch den Wonnbruch der Herren Importeure ge- kommen sind. Trozdem ein Tarif vom 15. Juli 1896 vorhanden ist und in der Sitzung der Senatskommission die Herren Importeure sich mit diesem Tarif einverstanden erklärt haben, wagen sie es doch, das gegebene Wort zu brechen, indem sie an die Arbeiter das Ansuchen stellen, einen Revers zu unterschreiben, der die Arbeiter total rechtlos macht. Moj- (Kohlen-Affordschauer) schilderte die Verhandlung mit der Senatskommission und den Herren Kohlenbaronen. Die Herren von der Senats- kommission möchten gerne auf gutlichem Wege eine Ver- einbarung herbeiführen, aber sie seien den Importeuren gegenüber machtlos. Die Kohlenbarone beständen auf ihrem Revers, der die Arbeiter gänzlich rechtlos mache. So ist z. B. jeder Arbeiter auf biwöchentliche Kündigung ange stellt. Schon dieses sei ein Uebing, da doch die Arbeiter nicht immer in Beschäftigung sind und oft zwei bis drei Tage aussetzen müssen. Sollte dieser Passus aufrecht erhalten werden, so müsse auch der betreffende Herr die Leute für diese Tage mit bezahlen, aber dafür würden sie sich schön hüten. Weiter sei das Spar- und Unterstützungskassenwesen zu verwerfen; diese Kasse haben die Herren nur gegründet, um einen Garantiefonds zu haben, welcher sie schadlos hält bei etwaigen Streiks, Geschirrschädigungen usw. Ein anderer Redner geht sehr scharf gegen die genannten Sparkassenstatuten vor. Ueberhaupt irgend welche annehmbare Garantie fehle, daß den Arbeitern das einbehaltene Geld auch sicher bleibe; heute oder morgen könne so eine Kohlen- firma falliren, und dann haben die Arbeiter das Nach- sehen. Es scheine, als ob Herr H. W. Heidmann der Präses der Hafenarbeiter sei, da dieses jetzt gehand- habte System von diesem Manne herstamme. Es werde immer gesagt, der Senat sei machtlos und könne gegen die Herren nicht an. Wenn man aber doch etwas für die Arbeiter thun wolle, so könne hier der Senat schon einen Druck auf die Arbeitgeber ausüben, indem man den Importeuren nicht mehr die Fischhalle auf St. Pauli als Arbeitswilligenkaserne überlasse. Hier gäbe der Senat ja den Herren schon wieder unumschränktes Recht. Nachdem noch verschiedene Redner die Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen, kam folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung spricht den Kohlenafford- schauerleuten ihre volle Sympathie aus und verurtheilt das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes resp. des Vereins der Importeure englischer Kohlen. Unbegreiflich ist es den Hafenarbeitern, wie Angesichts der im Werden begriffenen Senatsenquete den Arbeitern ein Lohnabzug ge- macht werden solle. Bis jetzt haben die Hafenarbeiter gezeigt, daß sie einen dauernden Frieden erstreben, und ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß in Anbetracht der am 8. März getroffenen Vereinbarung der Importeure mit der Lohnkommission der Kohlenaffordschauerleute der Friede geschlossen sei; dieses ist jedoch durch das Vor- gehen der Kohlenimporteure illusorisch gemacht worden. Die Versammlung empfiehlt den Kohlenaffordschauerleuten, den ihnen vorgelegten Revers nur so weit zu unter- schreiben, wie es sich um das gemeinschaftliche Zusammen- arbeiten handelt, rathet ihnen jedoch ab, sich durch Unter- schrift betrefss Lohnabzüge und Zwangsunterstützungs-

wesen zu binden. Die Anwesenden sprechen ferner den Kohlenhauerleuten ihre volle Solidarität aus und erklären, mit den genannten Arbeitern gemeinschaftliche Sache zu machen, wenn die Importeure nicht einlenken und den Arbeitern den Lohnzins vom Juli 1896 bezahlen. Im Laufe dieser Woche finden Versammlungen der einzelnen Mitgliedschaften statt, in denen ein endgültiger Beschluss gefasst wird.

**Moskau.** Auf der Neptunwerft hat sich am Freitag Abend ein schwerer Unglücksfall ereignet. Auf dem weitläufigen Grundstück der Werft ist nahe der Döberaner Chaussee im vorigen Sommer eine neue Maschinenhalle von 25 Meter Breite, 40 Meter Länge und 14 Meter Höhe aufgeführt. Der Bau besteht aus einer Mittelhalle und 2 etwas niedrigeren Seitenhallen; in dem gewaltigen Hallenbau befindet sich keine einzige Trennungswand; die beiden Seitenhallen werden durch eine Reihe eiserner Säulen, die dem eisernen Dachgerüst zur Stütze dienen, von der Mittelhalle abgegrenzt. Der Raum empfängt durchweg Oberlicht, so daß die beiden Längswände keine Fenster enthalten; in der einen Giebelwand befinden sich große Zugangsthüren und darüber große Regensfenster; die andere Giebelwand ist bis  $\frac{2}{3}$  ihrer statischen Höhe von 14 Metern in vollem Mauerwerk aufgeführt; nur im oberen Drittel waren einige kleinere Fenster angeordnet. Diese letztere Giebelwand nun, welche also die Mittelhalle an dem einen Ende abschließt und 15 Meter Breite bei 14 Metern Höhe mißt, ist Freitag Abend 6 1/2 Uhr plötzlich durch den starken Weststurm eingedrückt und vollständig, bis auf einen Stumpf von 1 bis 1 1/2 Meter Höhe, in den Innenraum der Halle hineingestürzt, unter ihren Trümmern drei Arbeiter begraben. Die Maschinenhalle, deren Bau im Dezember v. J. vollendet war, wird erst zum Teil seitens der Werft zum Betrieb benutzt; es werden noch im Innern Arbeitsmaschinen aufgestellt. Infolgedessen waren nur etliche Dutzend Arbeiter zur Zeit des Einsturzes in der Halle anwesend. Wäre der Betrieb innerhalb derselben schon in vollem Umfang eröffnet gewesen, so wäre zweifellos die Zahl der Opfer eine weit größere gewesen, da die einzelnen Stücke der im Falle zer-

berstenden Mauer 10 bis 12 Meter weit ins Innere der Halle hineingefallen sind.

### Neueste Nachrichten.

**Rom.** Die italienischen Wahlen haben mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie geendet. Die Wahlen — so schreibt unser römisches Centralorgan „Avanti“ (Vorwärts) — haben unsere Hoffnungen übertroffen. Sie bedeuten eine Niederlage der Bourgeoisie. Weder die Regierung noch die Demokratie, noch die Crispi-Partei haben neue Siege gewonnen, nur das Proletariat fand die Energie in sich, seinen Gegnern stolz den Fehdehandschuh hinzuworfen. Bisher liegen folgende ausführliche telegraphische Meldungen über die Wahlen, die am Sonntag stattfanden, vor: Das Bureau Reuters meldet aus Rom: Bisher sind 297 Ministerielle, 70 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 17 Radikale und 16 Sozialisten gewählt. (Bisher saßen nur 11 soz. Abg. im italienischen Parlament. Ned. d. „E. B.“) 47 Stichwahlen sind erforderlich. Es stehen noch die Wahlergebnisse aus 61 Wahlkreisen aus. Die Minister des Unterrichts und der Finanzen, ferner der Unterstaatssekretär des Krieges, sowie Imbriani sind zweimal gewählt. Sämtliche Unterstaatssekretäre sowie Zanardelli, Cavallotti, Giolitti und Menotti Garibaldi sind wiedergewählt. Der frühere Minister Miceli ist bei der Wahl unterlegen. In Turin sind zwei Ministerielle und zwei Sozialisten gewählt. Eine Stichwahl ist erforderlich. In Florenz sind zwei Ministerielle, ein Oppositioneller und ein Sozialist gewählt. In Genua sind drei Ministerielle, in Palermo zwei Ministerielle, zwei Oppositionelle, in Mailand sind ein Ministerieller und ein Sozialist gewählt. Vier Stichwahlen sind zwischen vier Ministeriellen und vier Radikalen erforderlich.

Dem „Berl. Tagebl.“ meldet man aus Rom. Als Signatur der Wahlen stellt sich nunmehr deutlich heraus ein bedeutender Sieg der Sozialisten und ein vollständiges Debakle der Partei Crispi. Nach den allerletzten offiziellen Depeschen sind bereits zwanzig Sozialisten gewählt. Etwas fünf sind in Stichwahl gekommen. Die sozialistischen Erfolge überraschen die ganze politische Welt.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Rom: Der Erfolg der Sozialisten ist nach den hier vorliegenden Meldungen noch größer, als früher gemeldet wurde. Während 1895 nur 80000 Stimmen erhielten, haben sie jetzt schon 250000 Stimmen. Zwanzig Sozialisten sind sich gewählt. Sechs kommen in die Stichwahl. In diese werden sie voraussichtlich auch reiffen, da die Republikaner und Sozialisten abgemacht haben, sich gegenseitig bei den Stichwahlen zu unterstützen.

### Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 22. März.  
Der Schweinehandel verlief gut.  
Püschel: werden 1610 Stück, davon vom Norden 624 von Süden — Stück. Preise: Verkaufschweine schwere 47-49 Mk. leichte 47-49 Mk., Sauen 40-44 Mk. und Ferkel 44-47 Mk. pr. 100 Pfd.

### Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde

Angelommen:  
Montag, den 22. März 1897.  
Vormittags.  
1,40 D. Albeck, Geberberg, von Kopenhagen in 12 Std.  
5,45 D. Ludwig, Föderer, von Neval in 65 Std.  
6,30 D. Caspar, Albers, von Kiel in 12 Std.  
8,50 Enighed, Christensen, von Faaborg in 8 Tg.  
8,50 Catharina, Mann, von Tschern in 1 Tag.  
8,50 Maria, Mattsen, von Halmstad in 12 Tg.  
9,30 Margarethe Magdalena, Jensen, von Saby in 4 Tg.  
Dienstag, den 23. März 1897.  
Vormittags.  
6,50 D. J. P. Dillberg, Vergh, von Kopenhagen in 14 Std.  
8,40 D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Std.  
10,20 Josephine, Bettefson, von Halmstad in 2 Tg.  
Abgegangen:  
Montag, den 22. März 1897.  
Vormittags.  
7,45 D. Uebe, Lomer, nach Königsberg.  
8,10 D. Staffinud, Jensen, nach Marstrand.  
7.— D. Majaden, Husten, nach Kopenhagen.  
Wind nach Wasserstand in Travemünde 2 Uhr 3: W. frisch. — 6,13 m.  
An Stelle der eingezogenen Winterzeichen sind die Sommerzeichen angesetzt.  
**Schiffsbewegung in der Ostsee.**  
D. Trave liegt in Silte, um günstigere Windrichtung abzuwarten.  
D. Gustaf Wala ist in Stockholm angekommen.  
D. Regit ist von Hangö auf hier abgegangen.  
D. Mathilde Jäde ist von Karlskrona nach Stettin abgedampft.  
D. Dora ist von Remeel nach Warnemünde abgegangen.  
D. Wiborg ist in Hangö angekommen.  
D. Zmatra ist von Hangö auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum geg.über durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gesucht zu sofort eine Wohnung im Preise von 100 Mk. Offerten unter **W H** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. April oder 1. Mai 1897 ein Mädchen für leichte häusliche Arbeiten. Zu melden Schwarzbauer Allee 131 a.

Gesucht zum 1. Mai ein ordentliches Mädchen zu allen häuslichen Arbeiten. Fadenburger Allee 76, part.

Ein ordentliches junges Mädchen für häusliche Arbeiten und bei Kindern zum 1. Mai gesucht. **W. H. Henschel**, Untertrave 53.

Gesucht ein Schuhmacher-Lehrling. **Aug. Berg**, Schuhmachernstr., Gr. Burgstr. 3.

Billig zu verkaufen ein Fahrrad. **Marlesgrube 37/12.**

Zu verkaufen ein paar echte belgische Niesens-Kaninchen. **Lauerhoffstraße 2c.**

Zu verkaufen ein guter, Kinderwagen. **Steinradweg 9 b.**

Billig zu verkaufen eine Wasbertonne. **Emilienstr. 12, 1. St.**

Zu verkaufen 30 Stück gut legende Kühen. **Mittelstraße 4 a.**

Zu verkaufen Brieftauben. **Friedenstr. 31.**

Für Brautleute!  
Sehr billig zu verkaufen 1 Sopha, 4 Posterkühle, neu. **Gr. Gröpelgrube 21, part.**

Bürgerlicher Mittagstisch, 50 Pfg. Weiter Krambuden 1.

Für Schuhmacher!  
Eine fast neue gut nähende Schuhmachermaschine (deutsches Fabrikat) ist umständehalber billig zu verk., auch gegen ginst. Zahlungsbeding. **Näh. W. Westendorf**, Krminstr. 8c, 1. St.

Reimfähig. Gemüse- u. Blumenamen empfiehlt **J. Esemann**, Kunstgärtner, Paulstraße 1.

**Holstenstr. 17. Holstenstr. 17.** Billige Bezugsquelle für Güte, Mähen und Schirne, Confitmanden-Güte von **Mt. 1,25 an.** **J. Gumpel-Fürst.**

**Eimerbier**

jeden Dienstag und Freitag von 5—10 Uhr jeden Mittwoch und Sonnabend Morgen von 6—8 Uhr.

**St. Lorenz-Bräuerei, C. Gablenz,** Nebenhoffstraße 12.

Von heute an kostet  
**Allerf. Süßrahm-Margarine pr. Pfd. 60 Pfg.**  
**ff. Süßrahm-Margarine pr. Pfd. 55 Pfg.**  
**feine Margarine pr. Pfd. 50 Pfg.**  
**Holstenstr. 19. B. Döhrmann.**

## Der gesunde und franke Mensch.

### Ein Lehrbuch

des menschlichen Körperbaues und ein ärztlicher Ratgeber für alle Krankheitsfälle,

unter Berücksichtigung der erfolgreichsten Naturheilverfahren. Unter Mitwirkung hervorragender Spezialisten herausgegeben von

**Dr. A. König.**

Mit zahlreichen Illustrationen, farbigen Bildern und einem zerlegbaren Modell der Stimmorgane in Buntdruck.

— Zweite Auflage. —

In 70 wöchentlichen Lieferungen à 15 Pfennige. Prachtbanddecken à M. 1,20. Komplet gebunden M. 12,50.

Dieses wertvolle Buch füllt eine längst empfundene Lücke in unserer Volksliteratur aus, da alle bisher erschienenen besseren populär-medizinischen Werke für die breiten Volksmassen im Preise viel zu hoch und daher für dieselben unerschwinglich waren. Ein gutes populär-medizinisches Volksbuch ist aber heute umso notwendiger geworden, als die Gesundheit in den Volkstreffen schon durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der gefährlichsten Weise bedroht ist.

Zu beziehen durch die Expedition unseres Blattes. Alle Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

## Frauenfrage u. Socialdemokratie

auf dem internationalen Frauenkongress zu Berlin

von **Lily Braun-Gizycki.**

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten.

Verantwortlicher Redacteur: August Kasch. Verlag: Theob. Schwarz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämtlich in Lübeck.

### Durch Zufall

habe eine große Partie guter Confitmanden-Auzüge spottbillig, sowie große Auswahl billiger Arbeitergarderobe und Pelzeng. **13 obere Marlesgrube 13.**

### Die Schweineschlachterei

von **W. Strohsfeldt**

73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt:

**Frische Flohmen, Pfd. 50 Pfg.**  
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pfg.  
Barbarade . . . Pfd. 60 Pfg.  
Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pfg.  
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pfg.  
Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pfg.  
Sopf und Bein . . . Pfd. 20 Pfg.  
Geräucherten Speck Pfd. 60 Pfg.  
Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pfg.  
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.

### Mitglieder-Versammlung der Schanerleute

am Mittwoch den 24. März

Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tagesordnung:  
1. Fragekasten.  
2. Verschiedenes.

### Quartett-Verein „Amicitia“

Gesellschafts-Abend am Sonntag den 28. März 1897 im Concordia-Garten.

Anfang 7 Uhr. Einführung gestattet. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet. Mitgliedskarten sind vorzulegen.

### Stadt Stockholm

Damen-Kapelle.

### Stadttheater in Lübeck.

Mittwoch den 24. März 110. Abonnem.-Vorst. Anfang 7 Uhr.

2. Abthl.: Selb. Schauspielpreise.

### Trilby.

Freitag den 26. März Freitag-Abonnement Nr. 18. (Bestes Freitag-Abonnement.)

Gastspiel von Fr. Ingeberg-Waldow von Sonderhausen. Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

### CARMEN.

## Die Glasbläserpfeifen.

lv. Während den sanitären Uebelständen, welche einige neuere Industriezweige mit sich bringen, von Seiten der Aufsichtsbehörden nothgedrungen einige Aufmerksamkeit geschenkt wird, wie den Arbeitern in den Akkumulatoren und den Alkalicromatfabriken, werden die viel älteren Uebelstände anderer Industrien unbeachtet gelassen, obgleich sie längst bekannt sind, namentlich wenn dieselben nicht direkt Gefahren für das Leben nach sich ziehen. Zu diesen Industrien gehören auch die Glasfabriken, aus deren Uebelständen wir heut namentlich einen seit lange den Behörden bekannten Uebelstand hervorheben wollen. — Die Glasbläser bedienen sich bekanntlich zu ihrer Arbeit einer sogenannten Pfeife, einer einfachen, an beiden Enden etwas wulstig verdickten eisernen Röhre. Den beim Arbeiten mit diesen Pfeifen nöthigen Luftdruck müssen die Glasbläser lediglich durch ihre Lungen erzeugen. Bei der intensiven Hitze der Glasöfen und namentlich bei Verarbeitung größerer Gegenstände ist die hierzu nöthige Anstrengung zuweilen so stark, daß sie nicht nur Lungen-erweiterung, sondern auch Herzkrankheiten erzeugt, wozu sich noch oft in Folge des plötzlich entstehenden kalten Luftzuges Luftröhrentarax und Schwindfucht gesellen. Damit noch nicht genug, ist es leider keine seltene Erscheinung, daß durch Benutzung derselben Pfeife von verschiedenen Arbeitern Tuberkulose und Syphilis durch einen damit behafteten Arbeiter unter den übrigen Glasbläsern verbreitet werden. Solche Ansteckungen von Syphilis durch die Pfeifen die sich dadurch dokumentiren, daß sich die ersten Symptome an den Lippen und an Mundwinkeln zeigen, der sogenannte Lippenkanker, sind sowohl in Frankreich und Belgien, wie in Deutschland wiederholt konstatiert worden. Im Bericht der preussischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1891 werden Seite 318 und 319 zwei Fälle von syphilitischer Ansteckung durch gemeinschaftliche Benutzung derselben Pfeife erwähnt. Die französischen Aerzte Chassagny, Ruinand, Diday und Dechay haben ebenfalls solche Ansteckungen konstatiert. Prophylactische Maßregeln dagegen sind aber auch hier nicht ergriffen worden. Das belgische Ministerium, dem in Folge ebensolcher Ansteckungen eine diesbezügliche Denkschrift eingekandt worden war, beauftragte darauf die oberste Gesundheitsbehörde, geeignete Maßregeln vorzuschlagen. Diese machte es, wie es gewöhnlich gegenüber sozialen Uebelständen in Belgien gemacht wird, sie ließ durch Fragebogen eine großartige Enquete in allen Glashütten Belgiens über diese längst unbestrittenen Thatsachen vornehmen, und bei dieser Enquete ist es, wie immer in Belgien, geblieben. In einer deutschen Glashütte, in Ameliech, Landdroßkei Hildesheim hat neuerdings Eysel zwölf Fälle von außergeschlechtlicher Syphilisansteckung bei Glasbläsern festgestellt und darüber ausführlich berichtet. Ein neunzehnjähriger mit Syphilis behafteter Arbeiter war im October 1893 in die Glasfabrik zu Ameliech gekommen und hatte innerhalb kurzer Zeit zum Theil durch Zwischenpersonen das Krankheitsgift auf zwölf Arbeitsgenossen übertragen. Sämmtliche Kranke

haben, die einen kürzere, andere längere Zeit mit dem betreffenden Patienten zusammen gearbeitet, wozu noch von zwei Kranken der gemeinsame Gebrauch von Trink- und Eßgeschirr und ein längeres Zusammenwohnen mit demselben hinzu kam. Daß es sich bei den erwähnten zwölf Arbeitsgenossen nur um eine außergeschlechtlich erworbene Ansteckung handelte, bewies der Umstand, daß in allen Fällen die Eingangspforte des syphilitischen Giftes im Bereiche der Mundhöhle zu finden war. Dreimal waren die Lippen, einmal die Mundwinkel Sitz der ersten Krankheitserscheinung, ein anderer Mal wurde derselbe am Gaumenbogen, in drei weiteren Fällen an den Mandeln, einmal am Rungenrande nachgewiesen. In einem Falle konnte der Sitz der Ansteckung nicht nachgewiesen werden, doch sprachen die vorhandenen Symptome dafür, daß er auch hier im Bereiche des Mundes gelegen haben mag.

Angesichts dieser Ansteckungen stellt Eysel außer dem ziemlich selbstverständlichen Verlangen, daß jeder Glasbläser eine Pfeife zum ausschließlichen Gebrauch erhalten solle, das sonderbare Ansuchen an die Glasbläser, daß sie sich alle 14 Tage einer regelmäßigen ärztlichen Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten unterziehen sollen, ein Ansuchen, dem gegenüber sich die Glasbläser natürlich ablehnend verhalten haben, was nicht nur Eysel, sondern auch der darüber berichtende Arzt Dr. Sommerfeld „unbegreiflich“ finden. Was würden wohl aber die Herren sagen, wenn ein gleiches Ansuchen an die Herren Gerichtspräsidenten oder Lehrer gestellt würde, bei denen diese Krankheiten doch ebensogut wie bei den Glasbläsern vorkommen können, und bei denen die Möglichkeit einer Ansteckung ebenfalls nicht ausgeschlossen ist, wenn sie auch natürlich nicht durch Glasbläserpfeifen vorkommt. Einen Schein von Verächtlichkeit hätte ein solches Ansuchen noch, wenn es keine andere Möglichkeit gäbe, der Ansteckung vorzubeugen. Aber das ganze Blasen mit dem Munde ist sehr gut bei den Glasbläsern zu vermeiden. Der Engländer Ashley und die Gebrüder Appert in Clith haben sehr zweckmäßige Mascapparate konstruirt, die mit Regulator und Manometer versehen mittelst comprimierter Luft das Glasblasen besorgen und sehr bequem zu handhaben sind, die also nicht nur die genannten Ansteckungen, sondern auch jede Ueberanstrengung der Lungen ausschließen und wo sie eingeführt wurden, bei den Arbeitern größten Anklang gefunden haben, seitdem auch noch mehrfach verbessert worden sind. Aber wenn man erstant fragt, warum sind so sehr im Interesse des Wohles der Arbeiter liegende Betriebseinrichtungen nicht überall eingeführt worden, so vergißt man ganz, daß heut für Veränderungen der Betriebseinrichtungen nicht das Wohl der Arbeiter maßgebend ist, sondern einzig und allein der Profit des Kapitalisten. Nicht nur für Glasbläsereien hat man zweckmäßige, die Gesundheit der Arbeiter schonende Apparate konstruirt, sondern auch z. B. für die Chlorkalkfabriken. Aber auch hier liegt die Einführung dieser Apparate nicht im Interesse des Profits des Kapitalisten. Dazu kommt, daß viele Arbeiter so kurz-sichtig sind, daß sie von einer ihre Gesundheit schonenden Maschine fürchten, sie könne ihnen ihren Verdienst schmälern oder rauben, indem die Schädlichkeiten der

alten Arbeitsweise nicht jeder ertragen kann, mit den neuen Apparaten dagegen auch weniger geschickte und zähe Arbeiter arbeiten können. Auf solchen Widerstand der Arbeiter gegen Einführung von Arbeitsweisen, die ihre Gesundheit weniger schädigen, berufen sich dann die Werksbesitzer, wenn sie solche im Interesse der Gesundheit der Arbeiter wünschenswerthe Veränderungen unterlassen. Derartigen beschränkten Ansichten entgegenzutreten dürfte mit einer wesentlichen Aufgabe der Gewerkschaften sein.

## Soziales und Partei-Leben.

Vierter Verbandstag des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands. Magdeburg, den 18. März. Achte Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Bismelburg bekannt, daß eine Vorschlagsliste für den neu zu wählenden Vorstand eingegangen ist; er verliest die Namen und erucht die Delegirten, sich im Laufe des Tages über die geeignetsten Personen klar zu werden. Er hält dann ein längeres Referat zum 6. Punkt der Tagesordnung: „a. Die Lohnbewegung in den Jahren 1895 und 1896, und was lehrt uns dieselbe? b. die bevorstehende Lohnbewegung im Jahre 1897; c. Beschaffung der Mittel zur Unterstützung der streikenden Kollegen, soweit dieselben — bei den jetzigen Beiträgen — aus der Verbandskasse nicht gedeckt werden können.“ Redner nimmt Bezug auf eine den Delegirten vorliegende Statistik, woraus sich ergibt, daß in den beiden letzten Jahren bedeutende Lohnkämpfe im Maurergewerbe stattgefunden haben. Die Streiks in den meisten Orten konnten durch den Verband in ausreichendem Maße unterstützt werden; wenn die Kollegen in mehreren Orten trotzdem im Kampfe mit dem Unternehmertum unterlagen, so lag dies meistens daran, daß sie durch Bezug von Auswärts erdrückt wurden. Redner glaubt weiter darauf hinweisen zu müssen, daß es ein Irrthum sei, den Streik für das beste und einzige Mittel zur Besserung der Lage der Kollegen zu halten. Selbst bei manchem ganz oder theilweise gewonnenem Streik sei es fraglich, ob die Erfolge im Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln stehen. Das Eine stehe aber fest, daß alle Erfolge, die im Streik errungen sind, nur gesichert werden durch eine alle Gewerkschaften umfassende gute und starke Organisation. Bei der bevorstehenden Lohnbewegung sei folgendes Prinzip zu beachten: Wo die Arbeitszeit noch mehr wie zehn Stunden beträgt und Akkordarbeit üblich ist, muß die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und die Abschaffung der Akkordarbeit gefordert werden. Bei Lohnforderungen ist ein Minimumlohn zu verlangen. Die Verbesserung der Laubuden, Aborte und Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen darf bei eventuellen Forderungen nicht vergessen werden. Ebenfalls empfiehlt es sich, einen Tarif auszuarbeiten, durch welchen Lohn und Arbeitszeit näher bestimmt werden. Weiter spricht Redner sich dahin aus, daß nur dann ein Lohnkampf inszenirt werden darf, wenn eine flotte Bauhätigkeit vorhanden ist, wenn die Kollegen genügend organisiert und zuverlässig im Kampf sind, und wenn sie gewillt sind, Opfer zu bringen, dahingehend, daß diejenigen, die streiken,

## Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(24. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Was sollen wir thun?“

Hans stand ratlos. Die Brandung war ihrem lauschenden Ohr, so oft eine momentane Windstille eintrat, immer deutlicher vernehmbar. Sie waren jetzt nur wenige hundert Schritte von dem Ufer entfernt, und doch vermochten ihre Augen durch den sich hier allmählich lichternden Wald den See nicht zu erblicken. Dunkel und schwarz erschien Alles rings umher. Da — ein Blitz, und bald darauf erdröhnte ein dumpfer, langgedehnter Donnererschlag.

„Hier können wir nicht bleiben,“ rief jetzt Hans mit einiger Entschlossenheit, „wir dürfen das Ungewitter nicht mit all' seinen Schrecknissen erwarten. Wir werden einzeln und vorsichtig längs des Ufers hingehen. Wir brauchen ja nur zehn Minuten, dann haben wir das gefährlichste Stück passiert und befinden uns wieder im Walde. Ich werde vorausgehen, Sie unmittelbar hinter mir, mein Fräulein. Vielleicht (er ärgerte) vielleicht können Sie sich etwas an mich halten. Sobald wir nur ganz aus den Bäumen heraus sind, wird es weniger dunkel sein. Wir werden, wenn wir eilen, den Weg am Ufer noch ziemlich gut sehen können.“

Valerie antwortete nicht, aber sie hängte sich fester an ihren Begleiter, und abermals ging es vorwärts. Immer näher drang das Rauschen und Anschlagen der wild ankämpfenden Wellen. Der See schien in Aufruhr, von dem Sturm aufgewühlt bis in seine Tiefen. Als sie jetzt über das letzte, sie einigermaßen schützende Dicht hinaustraten, erfaßte er sie mit einer Heftigkeit, vor der Valerie zurückwich. „Es raubt mir den Athem,“ rief sie,

ihren Kopf hinter den breiten Schultern ihres Führers bergend.

„So lange ich Sie festhalten kann, hat es keine Gefahr, aber wenn wir einzeln gehen müssen, und anders können wir nicht über die abschüssigen Stellen hinweg, könnten Sie von einem solchen Windstoß erfaßt und in die Tiefe geschleudert werden. Es wäre entsetzlich, mein Fräulein!“

Valerie glaubte in diesem Augenblick zu fühlen, daß sein Arm zitterte. Es war diesmal nicht Angst. Sie hatte sich, um sich vor dem Winde zu schützen, an ihn gelehnt und es war ihre Nähe, die Nähe dieses reizenden Geschöpfes, die ihn mit einem süßen Schauer erfüllte und ihm vielleicht selbst in dieser Lage als die größere Gefahr erschien. Valerie ahnte dies natürlich nicht. Sie glaubte er fürchte sich, und in dem Maße, als sie über diesen Mangel an Muth sich erzürnte, wuchs der ihrige. Sie glaubte überdies nicht ernstlich an Gefahr; sie war diesen Nachmittag so leicht und ungefährdet diesen Weg gegangen, sie konnte sich nicht vorstellen, daß er nun weniger leicht zu passiren.

„Und Sie wollten also wieder zurückkehren, Baron?“ fragte sie ungeduldig, fast verbrießlich.

„Wenn ich des Weges nur einigermaßen kundig wäre, würde ich das Wagniß unternehmen und vorwärts gehen; aber so wäre es höchst unklug. Es bleibt nichts anderes übrig, wir müssen nach Lindau zurück.“

„Und meine Eltern, die sich um mich ängstigen würden, — nein, das geht nicht, durchaus nicht. Aber ich weiß ein anderes Auskunftsmitel, Baron. Gehen Sie allein nach der Stadt. Für sich werden Sie doch nicht hängen. Sie können schnell und ohne Gefahr dahin zurückkehren. Bringen Sie von dort Laternen mit und einen oder zwei verlässliche Führer, die den Weg genau kennen. Ich will indeß hier warten, bis Sie mich abholen.“

Hans schüttelte den Kopf. „Welcher Einfall, Fräulein Valerie, ich kann Sie unmöglich allein hier zurück lassen.“

„Warum nicht?“

„Es wäre das Gefährlichste von Allem.“

„Durchaus nicht, ich bin hier ganz sicher; was sollte mir auch geschehen? Ich will mich unter einen Baum stellen, hier unter diesem da bin ich vor Sturm und auch vor Regen hinlänglich geschützt, hier will ich ruhig warten, bis Sie wiederkommen.“

„Unmöglich! Und wenn indeß das Gewitter losbräche?“

„Und wird das nicht auch geschehen, wenn Sie bei mir bleiben?“

„Wenn nur hier in der Nähe ein Häuschen, eine Unterkunft zu finden wäre?“ sagte Hans in dringender Besorgniß den Waldboden mit dem Fuße stampfend, als könne er eine rettende Idee daraus hervorstampfen. „Ah!“ machte er jetzt, und er schlug sich mit der Hand gegen die Stirn. „Daß mir das auch nicht früher einfiel, das Försterhaus ist ja ganz in der Nähe!“

„Ja, ja“ fiel Valerie ein, „ich bemerkte es ebenfalls“, als wir diesen Nachmittag vorübergingen; aber den Uferweg müssen Sie dennoch passiren, ehe Sie dahin kommen.“

„Allein werde ich in weniger als zehn Minuten dort sein und ebenso rasch wieder zurück.“

„Und dort werden Sie den Förster und seine Leute finden, mit denen kommen Sie dann hierher, mich abzuholen.“

„Gewiß, das ist das Beste, das Ausführbarste!“ rief Hans, sichtlich erleichtert; aber schon im Begriffe, zu scheiden, schienen doch wieder Bedenken ihn zurückzuhalten. „Kann ich, darf ich Sie allein hier zurücklassen? Wenn Leute hier vorüberkämen?“

„Nun, das wäre ja gut.“

für die erste Woche einen Anspruch auf Unterstützung nicht machen und diejenigen, die die gestellten Forderungen bewilligt erhalten haben, wenigstens 10 pSt. ihres Wochenlohnes zur Unterstützung der Streikenden an die Streik-Kasse abführen. Zum letzten Absatz der Tagesordnung macht Redner keine direkten Vorschläge; eindringlich verweist er aber darauf, daß mit den bisherigen Mitteln des Verbandes die bevorstehenden Streiks kaum geführt werden können.

Bis zum Schlusse der Sitzung hatten sich 50 Redner eingezeichnet, von denen aber nur 15 ihre Ausführungen erledigen konnten. Längere Reden hielten Weyer-Weipzig und Thinius-Pannover, die Beide mit Nachdruck dafür eintraten, daß die Kollegen allerorts sich daran gewöhnen müßten, Selber für den Zentralstreikfonds der Maurer aufzubringen. Beide Redner wiesen mit Recht auf die Leistungen ihrer Mandatgeber hin.

Darauf gelangte eine Reihe von Anträgen zur Beratung.

**Neunte Sitzung.** Der Vorsitzende verliest zunächst wieder eine Anzahl von Anträgen.

Die Debatte über „Aufbringung der Gelder zur Streikunterstützung“ füllt den ganzen Nachmittag aus. Die vorliegenden Anträge befriedigen nach keiner Seite; fast alle Delegirte sind der Ansicht, daß man den Mitgliedern mit einer Erhöhung der statutarischen Beiträge noch nicht kommen dürfe. Auf der anderen Seite kommt aber auch die Thatsache zum Ausdruck, daß sich eine große Zahl der Mitglieder nicht in der gewünschten Weise an der Aufbringung der Mittel theilnimmt, so lange die Zahlung nicht obligatorisch eingeführt wird. Kurz vor Schluß der Debatte wird noch eine Resolution eingereicht, in der den Mitgliedern empfohlen wird, unbeschadet der jetzigen Einrichtungen örtliche Fonds anzuführen, aus denen, der Nothwendigkeit entsprechend, der auf dem 3. Verbandstag geschaffene Zentral-Streikfonds ergänzt wird.

Nach einem Schlußwort Bömelburgs, in dem er die in der Debatte zu Tage getretenen Ansichten resumirt, läßt der Vorsitzende zunächst über die grundsätzliche Frage abstimmen, ob die im Statut festgesetzten Beiträge (15 und 50 Pf. pro Woche) erhöht werden sollen. Die Abstimmung ist eine namentliche; für eine Erhöhung stimmen nur die Delegirten Efftinge, Kupke, Porter, Paul Rolle und der Redakteur des „Grundstein“. Es wird dann weiter beschlossen, daß die Beiträge zum Zentral-Streikfonds freiwillig sein sollen. Die Beiträge werden durch Marken auf Karten quittirt. Die Marken sollen in vier verschiedenen Preislagen hergestellt werden, und zwar zu 10, 20, 30 und 50 Pf. Eine Kommission von 5 Personen wird beauftragt, die sonst noch zu diesem Punkte vorliegenden Anträge zu einem gemeinsamen zusammenzuarbeiten.

Unter dem neuesten Kurs sind im Monat Februar nach den Zusammenstellungen des geschäftsführenden Ausschusses unserer Partei wegen politischer und sonst mit der Arbeiterbewegung im Zusammenhang stehender Delikte an Strafen insgesamt erkannt worden: 4017 Mk. Geld- und 17 Jahre 6 Monate 3 Wochen und 4 Tage Gefängnißstrafe.

**Preßkämpfer!** Wegen „Beschimpfung der evangelischen Kirche“, welche die Kölner Staatsanwaltschaft in einer Wochenplauderei unseres Kölner Parteiorgans, der Rheinischen Zeitung, entdeckte, wurde unser Parteigenosse **Michels**, der verantwortliche Redakteur des Blattes, in Anklage gesetzt, von der Kölner Strafkammer indessen freigesprochen. Auf Revision der Staatsanwaltschaft verwies das Reichsgericht unter Aufhebung des Urtheils die Sache an das Düsseldorf'sche Landgericht, das heute unseren Genossen zu — man höre! — fünf Monaten Gefängniß verurtheilte. Der Staats-

anwalt hatte vier Monate beantragt. Das Reichsgericht durch den Umstand, daß von zwei Gerichten, die acht Wegehenden auseinander liegen, das eine keinen Verstoß gegen § 166 findet und freispricht und das andere in derselben Angelegenheit zu so hoher Verurtheilung kommt. Daß zwischen beiden Gerichten das Reichsgericht gesprochen, ändert an der Sache nichts.

**Der Redakteur des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“** veröffentlicht folgende „Erklärung: Nach einer persönlichen Aussprache mit dem Kollegen Herbert habe ich den Eindruck gewonnen, daß die ihm im „Correspondent“ gemachten Vorwürfe der notwendigen Begründung entbehren. Ich habe lediglich das zum Ausdruck gebracht, was mir von den Einsendern aus Stettin zugegangen ist. Auf Grund gegenseitiger Aussprache, in Gegenwart von Kollegen beider Parteien, ist hiermit die strittige Angelegenheit ohne richterlichen Spruch für den „Corresp.“ erledigt. Berlin, den 13. März 1897. L. Rexhäuser.“

**Sämmliche Fachorganisationen der Eisenbahn- und Dienstleistungen Oesterreichs** sowie der Verband der Beamten und Hilfsbeamten sind wegen ihrer mit den Interessen des Staates unvereinbaren Tendenzen und wegen Ueberschreitung ihres Wirkungskreises“ behördlich aufgelöst worden. — Die österreichische Regierung befürchtet wahrscheinlich, der Sieg der Eisenbahn-Angestellten der schweizerischen Nordostbahn könnte die österreichischen Eisenbahn-Bediensteten ebenfalls dazu veranlassen, durch den Generalstreik das zu erzwingen, was sie auf gutlichem Wege nicht erreichen können. Durch die Auflösung der Fachorganisation wird aber nur neuer Zündstoff in die Massen der Eisenbahn-Bediensteten Oesterreichs getragen. Wäre die Regierung dieses Landes nicht auch heute noch hinter anderen zurück, so würde sie sich das Beispiel der schweizerischen Regierung zum Muster nehmen, die einen ihrer Vertreter autorisirt, zwischen der Direktion und dem Personal der Nordostbahn zu vermitteln. Das ist der richtige Weg für eine Staatsbehörde. Unbequeme Arbeiterorganisationen zu vernichten, ist nicht staatsmännisch, sondern einfach dumm, denn die Arbeiterorganisationen üben auf die Massen einen disziplinirenden Einfluß aus, der die Katastrophen verhütet, die bei den Bewegungen der Unorganisirten so häufig auftreten.

**Ein Bergarbeiter-Ausstand** ist, wie aus Gleiwitz gemeldet wird, in dem dortigen Revier ausgebrochen. Die Bergarbeiter der Paulusgrube des Valentinschachts haben sich den Streikenden der Wolfgangsgrube angeschlossen. Insgesamt befinden sich jetzt 800 Mann im Ausstande. Die Verwaltung hat allen Arbeitern, welche bis zum Dienstag (also heute) die Arbeit nicht wieder aufnehmen, die Entlassung angedroht.

## Aus Nah und Fern.

**Königsberg.** Der Besitzer der Güter Böggershof und Ernsthof, Rosengardt, ist auf Böggershof ermordet worden. Er hatte in Gesellschaft von Frau und Tochter das Abendessen beendet und, nachdem seine Familie das Zimmer verlassen, eine Zeitung zur Hand genommen, als durch's Fenster vom Hof aus ein Schuß fiel. Die herbeieilende Frau fand ihren Mann als Leiche vor. Der Thäter ist bisher nicht ermittelt.

**München.** Einen Beitrag zum Kapitel der Volksernährung bietet die von einem Giesinger Hausbesitzer beim Magistrat nachgesuchte Erlaubniß eines Hundeschlachthauses. Die Beschlußfassung setzte die Lokalbaukommission aus, da der Referent noch Erhebungen zu pflegen hat. Die Nachfrage nach Hundefleisch soll eine so starke sein, daß ein Giesinger Pferde-schlachter gesonnen ist, auch Hunde abzuschlachten. Das

Abschlachten von Hunden, sowie der Verkauf des Fleisches zum Genuß kann nicht unterjagt werden. Abzuwarten ist, welche Stellung in dieser Sache die Gesundheits- und Gewerbepolizeibehörde einnimmt. — Giesing ist eine Vorstadt Münchens mit vorwiegend Arbeiterbevölkerung, darunter sehr viele Bau- und Erdarbeiter, welche jeden Winter längere Zeit arbeitslos sind.

**Die Dezimaluhr.** Der Ausschuß zur Verathung der Vorschläge betreffend die Dezimalisirung der Zeit trat am Freitag in Paris unter dem Vorsitz des Direktors des Observatoriums Maurice Lévy zum zweiten Male zusammen und prüfte zunächst die eingebrachten Vorschläge. Alle wurden dem augenblicklichen System als überlegen bezeichnet, aber bei allen auch bedeutende Schwierigkeiten bezüglich der Einführung in die Praxis festgestellt. Nach nahezu dreistündiger Debatte wurde einstimmig beschlossen: 1) die augenblickliche Eintheilung des Tages in 24 Stunden beizubehalten; 2) die Stunde in 100 Theile statt der jetzigen 60 Minuten zu zerlegen. Die neuen technischen Ausdrücke, die für Minute und Sekunde einzuführen sind, sollen erst gefunden werden; 3) den Tag von Null bis zu 24 Stunden zu zählen. Die Kommission wird von Neuem in drei Wochen zusammenzutreten, um die passendste Wahl für die Theilung des Zifferblattes zu finden. Wenn dann die Grundlagen festgestellt sein werden, wird man später zu prüfen haben, wie die angenommenen Maßregeln in Frankreich in Kraft zu setzen sind und ob sie, in Hinsicht auf eine europäische Uniformisirung, einem internationalen Kongress zu unterbreiten sind.

**Konrad Krez,** ein deutscher Freiheitskämpfer aus den Jahren 1848 und 1849, später General in dem amerikanischen Bürgerkriege und ein namhafter deutsch-amerikanischer Dichter, ist am 9. März in Milwaukee gestorben. Krez war im Jahre 1828 zu Landau in der Rheinpfalz geboren und studierte zu Heidelberg Jurisprudenz. Er wurde ein eifriger Burschenschaftler und theilte sich im Frühjahr 1848 im Korps des Generals von der Tann am Schleswig-Holsteinischen Kriege. Im Jahre 1849 wurde Krez wegen seiner Theilnahme an der badisch-pfälzischen Erhebung in contumaciam zum Tode verurtheilt. Eine Zeit lang lebte er als politischer Flüchtling in der Schweiz und in Frankreich, und im Winter 1850 kam er dann nach New-York. In Theobogon, Wisconsin, wo er sich später niederließ, bekleidete er das Amt eines Staatsanwalts. Im Sommer 1862 warb er ein Freiwilligen-Regiment an, zu dessen Obersten er ernannt wurde. Er machte die Feldzüge in Arkansas mit und wurde wegen seiner Tapferkeit vom Präsidenten Lincoln zum Brigaden-General ernannt. Nach dem Kriege widmete sich Krez mit Eifer der Politik und wirkte Anfangs als Republikaner, bis er im Jahre 1875 zu den Demokraten überging. Hervorragenden Antheil nahm er im Jahre 1885 an der ersten Cleveland-Kampagne. Nachdem Cleveland Präsident geworden, beehrte er Krez, mit dem wichtigen und einträglichen Amte als Zoll-Kollektor im Hafen von Milwaukee. Im Jahre 1890 wurde er in das Unterhaus der Legislatur gewählt und war seit jener Zeit der geistige Führer des Deutschthums in Wisconsin. Mit Konrad Krez ist ein Mann von echtem Schrot und Korn dahingeshieden, ein furchtloser und gefürchteter Gegner aller nativistischen Ideen, ein Dichter von großem Talent. Seine Gedichte erschienen unter den Titeln: „Dornen und Rosen von den Vogesen“ (Landau), „Gefangbuch“ (Straßburg), „Aus Wisconsin“ (New-York).

„Wenn es rohe Burschen wären?“

„Ich glaube, daß bei diesem Unwetter so leicht Niemand durch den Wald kommt; übrigens ist es hier ganz dunkel, sehen kann man mich nicht und hören gewiß auch nicht; sobald ich Schritte vernehme, will ich mich so ruhig verhalten, daß Niemand meine Gegenwart ahnen soll.“

„Ja, das wäre wohl das Rathsichste, aber —“

„Gehen Sie doch,“ bat Valerie noch dringender, als sie sah, daß er noch immer zögerte. „Ich versichere Sie, daß ich keine Angst haben will, und wenn Sie nicht aus Besorgniß für sich selbst den Weg scheuen —“

„Das sollen Sie nicht glauben, Fräulein Valerie, ich gehe.“

Auf baldiges Wiedersehen, Baron Hans. Bitten Sie auch die Frau Försterin, Ihnen ein Umhängetuch für mich mitzugeben, damit ich nicht naß werde, wenn es zu regnen anfängt.“

„Ich eile schon,“ sagte Hans. „Leben Sie wohl!“ Unwillkürlich streckte er die Hand nach der ihren aus, er wollte sie erfassen, zum Abschied noch einmal leise drücken; aber da er kein Entgegenkommen fühlte, so glaubte er sich zu einer solchen Kühnheit nicht berechtigt, und daher verabschiedete er sich nur mit einem leisen Seufzer.

Der gute, bedächtige Hans vergaß jetzt, wo die Gefahr nur mehr seiner Person allein drohte, alle Vorsicht und er rannte den schmalen Weg entlang, dem stürmenden See entgegen.

Valerie hörte seine Schritte sich entfernen und unter dem Sturmgebrause bald gänzlich verhallen. Sie war allein. Das Gefühl der Dede, der Verlassenheit fiel ihr mit einem Male schwer aufs Herz. Hatte sie sich nicht

doch zu viel zugetraut? All' der Muth, den sie vor ihrem ängstlichen Führer soeben noch entfaltet und der sie in ihren eigenen Augen nicht wenig erhoben hatte, er war jetzt dahin, verschwunden ganz und gar. Sie zitterte, sie sagte sich, für ihn, aber sie zitterte noch viel mehr für sich.

Valerie umfaßte den Stamm des Baumes mit beiden Armen, sie mußte eine Stütze haben. Aus dem nächsten Wald kam jetzt ein klagernder, langgezogener Schrei; es war der Ruf der Eule. Valerie fuhr zusammen, und wieder brauste der Sturm über ihrem Haupte dahin, alle anderen Töne verschlingend. Sie schüttelte sich, es war so unheimlich.

Jetzt raschelte etwas im Grase, — sie schrie laut auf und nun war es mit all' ihrer Festigkeit zu Ende. Sie begann zu rufen: „Hans!“ Er war schon weit, er konnte sie nicht hören, ihre zarte Stimme verhallte in diesem Aufbruch.

Aber, was war das? Aus dem Walde antwortete es ihr wie ein Echo. Das war eine Menschenstimme, gewiß! Aber nicht von der Seeseite, aus den Tiefen des Waldes kam sie — jetzt — ganz deutlich, — in immer volleren, kräftigeren Tönen drang es in Intervallen zu ihr herüber. Es war unzweifelhaft, es kam Jemand des Weges daher, und nach dieser Stimme, nach diesen frischen, aufjubelnden Tönen zu urtheilen, die im leichten Uebermuth in die Waldesnacht hinausschallten, wie dem brausenden Sturmwind zum Trost, war es ein junger Mann.

Valerie erinnerte sich der Worte ihres Begleiters: Wenn Jemand käme, währenddem ich fort bin, und wenn es rohe Burschen wären! — Ihr Herz klopfte. Sie

kammerte sich noch fester an den Baumstamm. Thränen traten in ihre Augen.

„Warum habe ich ihn fortgeschickt“, schluchzte sie. „Warum ist er auch gegangen, er hätte vernünftiger sein sollen, als ich, er hätte nicht meinem thörichten Einfalle nachgeben, er hätte mich nicht allein lassen sollen.“ Sie versuchte gleichwohl, dieses Schluchzen zu unterdrücken, sie sagte sich, sie müsse jetzt vor allem ruhig sein, so ruhig, daß der Vorüberkommende sie nicht entdecken könne. Sie lauschte mit zurückgehaltenem Athem. Eine Minute verging so in banger Erwartung, sie hörte nichts, alles war stumm.

„Er kommt nicht hierher!“ sagte sie aufathmend und sich selbst Trost einprechend. „Ich höre nichts als das Pfeifen des Windes, er hat wohl einen anderen Weg eingeschlagen.“ Sie fühlte sich merklich erleichtert; auch der Wald hatte für sie seine Schrecken verloren. Sie vermochte ihre Gedanken zu sammeln, sie stellte sich vor, wie der Baron nun bald das Försterhaus erreicht haben werde, es handelte sich also nur mehr um Minuten. Sie war überzeugt, daß Hans eilen würde, soviel wie möglich. Nachdenklich lehnte sie ihr schönes Köpfchen gegen den Stamm. Er ist gewiß ganz gut und theilnehmend, dieser Hans, sagte sie sich, er scheint mir viel besser als sein Bruder, der sich heute um mich gar nicht gekümmert hat, der Launenhafte! Aber — er hat keine Energie, und dann ist er so plump in allem, so — fast lächerlich ungeschickt, — sie lächelte jetzt selbst. In dem nächsten Augenblick stieß sie einen Schrei aus. Sie hatte schwere Fußtritte nahe bei sich vernommen. Was mußte es ihr nun, daß sie sich vorgenommen hatte, sich durch keinen Laut zu verrathen, der plötzliche Schreck hatte diesen Vorfaß umgeworfen. (Fortsetzung folgt.)